

P r o t o k o l l

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am Montag, dem 27.10.2025, um 18:00 Uhr, im großen Sitzungssaal, Rathaus, Am Markt 1, 26345 Bockhorn.

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Haschen, Heiko

Ausschussmitglieder

Duttke, Harald

Geertsema, Cornelius

Helmerichs, Johann, (stellv. Bürgermeister)

Ihmels, Dirk

Lubitz, Jörn

Nack, Olaf

Scherer, Rolf

Tammen, Klaus

Bürgermeister

Krettek, Thorsten

Beratende Mitglieder

Ammermann, Holger, Verein für Handel,
Handwerk und Gewerbe

Verwaltung

Siebels, Alexander

Stahl, Danny

Protokoll

Meyer- Staudt, Kerstin

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit, der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung am 23.10.2025
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Vorstellung des Prüfberichtes zur Brücke Grodenstraße über das Ellenserdammer Tief
- 5 Vorhaben Dr. Karl Harms - Vorstellung der Ersteinschätzung
- 6 Bebauungsplan Nr. 48 "Am Urwald" - Antrag auf Änderung des B-Planes; abschließende Entscheidung nach Prüfung Klagebefund, Zielabweichung und Ergebnis Arbeitsgruppe
- 7 Antrag der CDU-Fraktion zum Bau eines Geh- und Radweges auf dem alten Bahndamm zwischen Grabstede und Bockhorn
- 8 Antrag der CDU-Fraktion zum Ausbau/Verbeiterung der Straßen zwischen Neuenburg und Grabstede, entlang Winterweg und Buschweg
- 9 Vorstellung neuer Masterplan der gemeindlichen Straßen
- 10 Anfragen und Mitteilungen

Protokoll

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit, der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Haschen eröffnet um 18.00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die Einwohner, die Ausschussmitglieder, Herrn Smidt von der Presse sowie die Verwaltung. Er begrüßt zudem Herrn Hahn vom Ingenieurbüro Hahn GmbH aus Wedemark sowie Herrn Dr. Harms und Herrn Schlieper. Die Antragsteller zu TOP 6, Familie Müller, sowie Herr Sonnemann für die BI „Bockhorn unter Strom“ sind der Einladung zur Sitzung nicht gefolgt. Als beratendes Mitglied begrüßt er weiterhin Herrn Ammermann vom Verein für Handel, Handwerk und Gewerbe. Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung am 23.10.2025

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Haschen stellt fest, dass die Niederschrift der Sitzung vom 23.10.2025 noch nicht vorliege. Dies sei nicht verwunderlich, da die Sitzung erst vor 4 Tagen gewesen sei. Eine Abstimmung erfolgt somit nicht.

3. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Herr Wendt erkundigt sich nach dem SPD-Antrag nach einem Fahrradkonzept (Vorlage Drs.-Nr. 2021/885/1), konkret nach der Strecke Grabstede – Bockhornerfeld. Bis 2023 habe es einen Zuschuss von 85 % gegeben. Das Thema hätte im Arbeitskreis Verkehr behandelt werden sollen – ihn würde interessieren, wie weit das dort sei und ob der Radweg mit in das Landkreis-Konzept eingeflossen sei. Des Weiteren bezieht sich Herr Wendt auf den späteren TOP „Masterplan Straßensanierung“ und sagt, er vermisse einen Radweg an der Vareler Straße, zwischen Ahlhorn und der Alten Molkerei. Der Bürgermeister habe diesbezüglich von Kosten von 48.000 € gesprochen. Herr Wendt fragt, wie hier der Stand sei.

Bürgermeister Krettek sagt seine Antwort hinsichtlich des Sachstands Radweg Grabstede - Bockhornerfeld an Herrn Wendt zu. Beim Radweg an der Vareler Straße habe Herr Wendt Recht – dieser werde in den Masterplan aufgenommen.

Frau Bartels fragt, wer die 600.000 € bezahlen müsse, falls der Windpark nicht komme. Sie fragt zudem, wer der die Rechtsauskunft erteilende Anwalt gewesen sei und wer diesen bezahlt habe.

Herr Stahl antwortet, die Rechtsauskunft sei von Rechtsanwalt Brand gegeben worden; die Gemeinde habe diese bezahlt.

Frau Bartels sagt, die UNB und Diekmann + Mosebach hätten bestätigt, dass der Windpark einen massiven Eingriff darstelle. Wenn noch mehr dazukomme, sei der Eingriff noch massiver. Sie fragt, wie der Bürgermeister dazu stehe.

Bürgermeister Krettek antwortet, darüber werde am kommenden Tag im Rat entschieden. Jedes Ratsmitglied habe die Möglichkeit zur Meinungsbildung und Erörterung.

Frau ? berichtet, sie habe einen Anruf von einem Mann von BP (British Petrol) gehabt, der sie darüber informiert habe, wie man den geplanten Batteriespeicher einhausen bzw. einhecken müsse. Sie fragt in die Runde, ob auch andere davon gehört bzw. einen solchen Anruf bekommen hätten.

Niemand bejaht diese Frage.

Frau Bartels fragt, ob der Batteriespeicher inzwischen Thema im Rat sei.

Bürgermeister Krettek sagt, ihm sei das bekannt, was in der Zeitung gestanden habe. Man sei noch im Vorverfahren, in der morgigen Ratssitzung werde über das Hauptverfahren entschieden.

Rh. Duttke bemerkt, wenn man darüber reden wolle, müsse es einen Antrag geben; dieser liege jedoch nicht vor.

Ausschussvorsitzender Haschen stimmt dem zu und ergänzt, dass die Entscheidung über einen Batteriespeicher beim Landkreis falle, nicht bei der Gemeinde.

4. Vorstellung des Prüfberichtes zur Brücke Grodenstraße über das Ellenserdammer Tief Vorlage: 2025/721

Protokoll:

Herr Hahn führt aus, die Brücke sei mehrfach geprüft und dabei ein Fortgang der Schäden festgestellt worden; vor allem die Stahlpfähle unterlägen der Korrosion. In 2024 sei der Zustand der Brücke mit 3,5 festgestellt worden, was ungenügend sei (Skala von 1 – 4). Er empfehle eine Ablastung der Brücke für Fahrzeuge über 7,5 t, bis sie saniert sei. Die Brücke in Ellenserdammersiel sei jetzt gut 60 Jahre alt. Brücken könnten bis über 100 Jahre alt werden, aber man müsse dafür in die Instandhaltung investieren. Das Fugenprofil sei herausgelöst – dort wachse nun Gras durch.

Die Geländerhöhe sei mit 1,00 m für Fußgänger noch ausreichend, für Radfahrer seien aber 1,30 m erforderlich. Der Chloridgehalt sei erstaunlicherweise unkritisch, trotz der Nähe zur Küste.

Als Instandsetzungsmaßnahmen schlägt Herr Hahn die Erneuerung von Kappen und Geländer vor, die Betoninstandsetzung, die Erneuerung des Überbaus / Belag und Abdichtung, die Instandsetzung von Stahlspund- und Kammerwänden inklusive Korrosionsschutz sowie Nebenarbeiten wie die Neuherstellung von Straßen- und Gehwegflächen und die Entfernung der nicht regelkonformen Bootsleiter.

Herr Hahn beziffert die Baukosten auf 395.000 € netto, die Planungskosten auf 55.000 € netto.

Rh. Lubitz fragt, warum die Planungskosten Kosten für die Tragwerksplanung beinhalteten – es seien doch überwiegend die Kappen beschädigt.

Herr Hahn antwortet, es müsse berechnet werden, ob die Bewehrung noch ausreichend sei; gegebenenfalls müsse diese verstärkt werden.

Rh. Scherer erkundigt sich nach der Bauzeit, und danach, wie lange die Brücke halte, wenn alle Arbeiten gemacht würden.

Herr Hahn antwortet, bei guter Witterung betrage die Sperrzeit der Brücke 3 – 4 Monate. Der Beton habe aktuell noch ausreichende Festigkeit. Wenn die erforderlichen Maßnahmen ergriffen würden, hätte die Brücke gute Aussichten, die erwähnten 100 Jahre zu erreichen. Die Wahrheit sei, dass viele Brücken oft deutlich länger stünden.

Rh. Duttke merkt an, dass die 7,5 t schwierig seien, da ja auch Schulbusverkehr, Futtermittelanlieferung und Abfallentsorger über die Brücke müssten.

Herr Hahn meint, er könne dazu nichts sagen – er könne nur die Ablastung empfehlen.

Rh. Ihmels fragt, wie schnell Herr Hahn tätig werden könne.

Herr Hahn antwortet, man könne Anfang / Mitte Februar die Ausschreibungsreife erhalten; Baubeginn könne im Frühjahr sein, Fertigstellung im Sommer.

Rh. Duttke weist darauf hin, dass das Geländer vor ca. 15 Jahren bereits erneuert worden sei.

Herr Hahn bestätigt dies, allerdings passe die Höhe nicht. Eine Wiederverwendung spare nicht viel ein – das Geländer müsse abgebaut, zwischengelagert und wieder montiert werden.

Ausschussvorsitzender Haschen fragt, ob die Einwerbung von Fördermitteln geprüft worden sei.

Herr Stahl sagt, er recherchiere das bereits.

Beschlussvorschlag

Der Prüfbericht wird zur Kenntnis genommen. Die erforderlichen Sanierungsarbeiten sollen entsprechend ausgeschrieben werden.

Abstimmung:

Mit 9 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

5. Vorhaben Dr. Karl Harms - Vorstellung der Ersteinschätzung Vorlage: 2025/635/3

Protokoll:

Bürgermeister Krettek verweist auf ein in der nächsten Woche stattfindendes gutachterliches Gespräch; die Ergebnisse daraus sollten mit in die Sach- und Rechtslage einfließen. Daher solle das Thema nicht auf der heutigen Tagesordnung verbleiben, sondern im nächsten BPUA behandelt werden.

Rh. Lubitz bedauert, dass es bereits vor der Sitzung Presseberichte zum TOP erschienen seien; dann brauche man keine Sitzung mehr abzuhalten.

Herr Smidt weist auf die Pressefreiheit hin.

Rh. Scherer meint, wenn Herr Dr. Harms schon da sei, wolle er ihn fragen, ob er konkret einen Discounter oder einen Rossmann oder dm an der Hand habe.

Herr Dr. Harms antwortet, es sei von Anfang an alles konkret gewesen. Es seien alle dabei – er habe sich nur noch nicht entschieden.

Der TOP wird bis zum nächsten BPUA zurückgestellt.

6. Bebauungsplan Nr. 48 "Am Urwald" - Antrag auf Änderung des B-Planes; abschließende Entscheidung nach Prüfung Klagebefugnis, Zielabweichung und Ergebnis Arbeitsgruppe Vorlage: 2023/359/4

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Haschen weist darauf hin, dass der TOP auf einem Antrag beruhe. Allerdings seien die Antragsteller nicht da, so dass direkt in die Diskussion eingestiegen werden könne.

Rh. Ihmels fragt, wie die Verwaltung an bzw. auf den Fachanwalt gekommen sei.

Frau Meyer-Staudt sagt, sie habe den Hinweis bekommen, dass die Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald in einer ähnlichen Lage sei wie die Gemeinde Bockhorn. Sie

habe dort nachgefragt und die Kontaktdaten des Anwalts bekommen, der auch Hilfer beraten habe.

Rh. Scherer führt aus, man habe den Anwohnern zugesagt, sie zu unterstützen. Ein Zurückziehen sollte erst erfolgen, wenn die Abwägung erfolgt sei. Es gebe bereits eine Leitung, die in die Erde verlegt worden sei – warum müsse dann noch eine weitere her. Daher spreche er sich dafür aus, heute keine Entscheidung zu treffen, sondern abzuwarten, bis klar sei, was TenneT konkret wolle. Er bittet darum, die Anfrage an den Anwalt ans Protokoll anzufügen; er wolle – um die Antworten des Anwalts einordnen zu können – die an ihn gerichteten Fragen zur Verfügung haben.

Rh. Tammen sagt, die SPD sehe es ähnlich – man wolle die Leitung nicht.

Frau Meyer-Staudt sagt, die Vorlage enthalte 2 Aspekte, die voneinander getrennt betrachtet werden könnten. Man könne von der Aufstellung eines Bebauungsplanes absehen – dass dies nicht das Mittel der Wahl sei, habe man mehrfach besprochen – und trotzdem klagen, auch wenn die Aussichten gering seien.

Rh. Scherer meint, das Verfahren werde ja durchgeführt, es erfolge eine Auslegung und Abwägung.

Rh. Ihmels stellt fest, er habe ein höheres Vertrauen in die Rechtsberatung als die anderen Ausschussmitglieder.

Rh. Nack meint, heute müsse gar nichts beschlossen, sondern einfach nur zur Kenntnis genommen werden. Man könne den Planfeststellungsbeschluss abwarten und dann immer noch klagen.

Rh. Duttke kann mit dieser Vorgehensweise leben, würde aber von einer Klage absehen wollen; das sei rausgeschmissenes Geld.

Rh. Ihmels fragt Herrn Scherer, um welche Stelle der Anfrage der Verwaltung an den Anwalt es ihm gehe.

Rh. Scherer antwortet, er wolle sich alles ansehen und prüfen, auch die Anfrage der Verwaltung.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion wird der Beschlussvorschlag geändert.

Beschlussvorschlag

Dem Verwaltungsausschuss wird vorgeschlagen, dem Rat die folgende, geänderte Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 48 „Am Urwald“ und die Informationen zur Klagebefugnis werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

Mit 9 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

7. **Antrag der CDU-Fraktion zum Bau eines Geh- und Radweges auf dem alten Bahndamm zwischen Grabstede und Bockhorn**
Vorlage: 2025/723

Protokoll:

Rh. Ihmels erläutert den Antrag: Das Thema sei bereits im Arbeitskreis Verkehr behandelt worden. Auch der Bürgermeister habe es angesprochen, als die Bahn verkaufswillig gewesen sei. Er halte die Strecke für ein Sahnestück. Er begrüßt, dass es eine Fördermittelprüfung gegeben habe: 90 % seien möglich, damit verbleibe ein Eigenanteil von 200.000 €. Falls eine weitere Förderung möglich sei, z. B. über BINGO, solle man dies anstuern. Falls nicht, und wenn zudem jetzt kein Geld da sei, möge man zumindest eine fertige Planung in der Schublade haben.

Herr Stahl zeigt die Strecke auf einem Kartenauszug und weist darauf hin, dass sie auf einer Privatfläche ende (ehemalige RWG).

Bürgermeister Krettek ergänzt, dass vom NLStBV keine weitere Lichtzeichenanlage zur Querung der B 437 in Aussicht gestellt werde.

Rh. Ihmels verweist darauf, dass der Streckenverlauf von Zetel durch den Wald bis Neuenburg über Grabstede und zurück gut zum nächsten Antrag passe.

Rh. Scherer kann das Argument des Sahnestückes verstehen. Allerdings gebe es viele bestehende Radwege, die in katastrophalem Zustand seien. Er gehe mit, dass eine Planung in der Schublade bereitgelegt werden und zu einem günstigen Zeitpunkt hervorgeholt werden solle.

Rh. Lutitz weist darauf hin, dass der Unterbau des Gleisbetts noch vorhanden sei; der Radweg könne also durch die Gemeinde selbst hergestellt werden. Es müssten nur die Bäume gerodet und alles glattgezogen werden.

Rh. Duttke meint, man stelle sich das zu einfach vor. Der Radweg nach Zetel habe sehr viel Zeit und Geld gekostet, und da sei auch das Gleisbett noch vorhanden gewesen. Man könne sicher nicht einfach abholzen, das gebe bestimmt auch Probleme, z. B. mit dem BUND.

Rh. Scherer spricht sich für eine Planung aus, weist aber darauf hin, dass Förderung auch bedeute, dass man Eigenmittel habe.

Als Ergebnis der Diskussion wird ein geänderter Beschlussvorschlag gefasst.

Beschlussvorschlag

Es wird der folgende, geänderte Beschlussvorschlag formuliert:

Das von der CDU-Fraktion beantragte Projekt wird im Blick behalten. Es erfolgt eine Recherche nach weiteren Fördermöglichkeiten, und die Planung wird vorangetrieben.

Abstimmung:

Mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig beschlossen.

**8. Antrag der CDU-Fraktion zum Ausbau/Verarbeitung der Straßen zwischen Neuenburg und Grabstede, entlang Winterweg und Buschweg
Vorlage: 2025/724**

Protokoll:

Rh. Ihmels erklärt, Zetel habe für seinen Bereich bereits abgelehnt, da kein Geld da sei. Es mache keinen Sinn, dann von Bockhorner Seite aus heranzubauen. Hier seien die Kosten zudem sehr viel höher. Die Strecke sei jedoch Teil des Landkreis-Konzeptes; u. a. dies war seinerzeit der Bockhorner Anteil am Konzept.

Rh. Helmerichs schlägt vor, die Geschwindigkeit von 100 Km/h auf 50 Km/h zu begrenzen und entsprechend zu beschildern.

Bürgermeister Krettek verweist auf die Straßenverkehrsordnung, nach der man eh angepasst fahren müsse. 100 Km/h könne man dort ohnehin nicht fahren.

Beschlussvorschlag

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zur Kenntnis genommen. Entsprechende Haushaltsmittel werden nicht in den Haushalt 2026 eingestellt.

Abstimmung:

Mit 9 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

**9. Vorstellung neuer Masterplan der gemeindlichen Straßen
Vorlage: 2025/745**

Protokoll:

Herr Siebels erläutert, es habe eine neue Straßenbereisung auf Grundlage der Bewertung von Thalens Consult von 2019 stattgefunden. Dabei sei man zu dem Entschluss gekommen, die genannten Straßen zu sanieren.

Rh. Lubitz fragt, was mit den Straßen sei, die durch den Leitungsbau involviert seien – und ob die Verwaltung da hinterher sei.

Herr Siebels bejaht. Er bekomme von den Firmen eine Zustandsbewertung und habe selbst Videoaufnahmen gemacht. Auch würden Abnahmeprotokolle erstellt. Aktuell wurde die „Straße nach Lindern“ asphaltiert, da diese kaputt gewesen sei. Man könne das mit den Firmen gut besprechen – es könnten dann auch mal 1, 2 oder 10 m mehr Erneuerung werden.

Rh. Nack bemerkt, der Grafenweg und die Hilgenholter Straße seien nun noch schlechter.

Herr Siebels antwortet, dort sei eine Beweissicherung erfolgt. Die Verkehrssicherung obliege aber den Firmen – und diese müssten die Straßen mindestens so wiederherstellen, wie sie vorher waren.

Rh. Scherer erkundigt sich nach der Dorfstraße. Diese wurde bereits neu gemacht, aber diesen Eindruck mache die Straße nicht mehr. Es gebe dort Risse – wenn der Frost komme, gebe es Überraschungen.

Herr Siebels sichert zu, sich die Straße anzusehen.

Rh. Scherer meint, es mache keinen Sinn, 2026 mit der Uhlhornstraße anzufangen, wenn 2027 das Baugebiet komme und dort die LKW rollten.

Bürgermeister Krettek erklärt, es sei Auflage für Logemann, dass die LKW-Zufahrt nur über die ehemalige Kochstraße erfolge; dies sei eine Industriefahrt. Die Uhlhornstraße aber müsse gemacht werden, sie sei Kindergarten- und Schulweg.

Rh. Duttke sagt, die Hilgenholter Straße, die von 1972 stamme, sei auch sehr schlecht.

Rh. Ihmels fragt, ob trotz übertragener Verkehrssicherung nicht trotzdem mal bei den Firmen gecheckt werden müsse, ob nicht doch zwischendurch etwas gemacht werden müsse – eine Art „Zwischenreparatur“.

Herr Siebels sagt, das gehöre zum Tagesgeschäft.

Rh. Ihmels stellt fest, die Straße Hinterbusch sei sehr schlecht und sollte nicht nur mit einer schönen Deckschicht versehen, sondern grundsaniert werden. Er fragt, wie es mit den Mitteln für die Unterhaltung aussehe.

Herr Siebels antwortet, es seien noch Mittel da, diese seien aber verplant für Maßnahmen noch vor dem Winter.

Rh. Scherer fragt, ob bei einer Grundsanierung von Straßen auch Kanalbefahrungen gemacht würden.

Herr Siebels antwortet, dass der OOWV angefragt werden würde, ob er den Kanal mit erneuern wolle; bei den Schmutzwasserkanälen sei die Gemeinde nicht mehr zuständig. Bei den Regenwasserkanälen müsse dann die Gemeinde gucken. Die Kostenschätzungen seien allerdings ohne Kanäle.

Ausschussvorsitzender Haschen formuliert den Beschlussvorschlag um (von „Kenntnisnahme“ zu „Umsetzung“).

Beschlussvorschlag

Es wird der folgende, geänderte Beschlussvorschlag formuliert:

Der Masterplan Straßen soll wie vorgestellt umgesetzt werden.

Abstimmung:

Mit 9 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

10. Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

Es gibt weder Anfragen, noch werden Mitteilungen gemacht.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 19.21 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer